



Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen 'Euthanasie' - Morde in Berlin eingeweiht

Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen "Euthanasie" - Morde in Berlin eingeweiht
Im Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen "Euthanasie" - Morde haben die Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters und der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit den Gedenk- und Informationsort am historischen Ort der Planungszentrale Tiergartenstraße 4 ("T4") feierlich eingeweiht.
Staatsministerin Monika Grütters erklärte: "An die vom NS-Regime ermordeten Opfer der sogenannten 'Aktion T4' zu erinnern heißt auch, der so unfassbar menschenverachtenden Unterscheidung zwischen 'lebenswertem' und 'lebensunwertem' Leben entgegenzutreten. Jedes menschliche Leben ist es wert, gelebt zu werden - das ist die Botschaft, die von diesem Ort ausgeht! Der Gedenkort 'T4' konfrontiert uns heute mit der grauenvollen NS-Ideologie, die sich anmaßte, das einzelne Leben nach 'Nützlichkeit' und 'Brauchbarkeit' zu beurteilen. Sie lieferte die Pseudolegitimation für die NS-Lebensvernichtungsbürokratie und bestimmte zugleich die Motive und Gesinnung der üblen Verwalter und brutalen Vollstrecker."
Monika Grütters: "Der den Opfern der 'Euthanasie' - Morde gewidmete Gedenkort am historischen Täterort in der Tiergartenstraße wird dazu beitragen, die Erinnerung an die Menschen, denen man wegen ihrer Krankheit oder Behinderung das Recht auf Leben versagt hat, im öffentlichen Bewusstsein lebendig zu halten. Ich persönlich meine, dies sollte uns Heutigen auch eine Warnung davor sein, in aktuellen Diskussionen über das Leid Schwerkranker das Tötungsverbot leichtfertig zur Disposition zu stellen."
Monika Grütters weiter: "Die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzuarbeiten, ihrer Opfer zu gedenken und die Erinnerung auch in nachfolgenden Generationen wach zu halten, ist und bleibt eine immerwährende Aufgabe und moralische Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland. Der Anspruch an uns selbst, moralisch angemessen mit den Abgründen der eigenen Geschichte umzugehen und nicht zuletzt dadurch ein identitätsstiftendes Fundament für die Gegenwart und Zukunft zu legen, gehört zum Selbstverständnis unserer Nation."
In der Berliner Tiergartenstraße 4 befand sich die koordinierende Dienststelle, die von Januar 1940 bis August 1941 mit der sogenannten "Aktion T4" die Massenmorde an Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten organisierte. Im November 2011 fasste der Deutsche Bundestag den Beschluss zur Realisierung eines Gedenkortes für die Opfer der NS - "Euthanasie" - Morde. Für die Umsetzung des Vorhabens stellte Kulturstaatsministerin Monika Grütters aus ihrem Haushalt finanzielle Mittel in Höhe von rund 620.000 Euro bereit. Ehemalige Tötungsanstalten der sogenannten "Aktion T4" - wie zum Beispiel Pirna-Sonnenstein in Sachsen oder Grafeneck in Baden-Württemberg - wurden bereits zuvor als Gedenkort institutionell oder mit Projektmitteln aus dem Etat der BKM gefördert.
Das Land Berlin stellte den bislang unbebauten Teil des Grundstücks Tiergartenstraße 4 zur Verfügung. Das Konzept und die Inhalte des Ortes der Information am historischen Ort nördlich der Philharmonie wurden im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützten Projektes an der TU München erstellt. Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist gemeinsam mit der Stiftung Topographie des Terrors für die Umsetzung und die künftige Betreuung des Erinnerungsortes verantwortlich.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 272-0
Telefax: 030 18 10 272-0
Mail: internetpost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/>


Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".